BUND DEUTSCHER BAUMEISTER
ARCHITEKTEN UND INGENIEURE
FRANKFURT RHEIN MAIN E.V.

PRESSESPIEGEL 2014

© BDB-Service, Andreas Ostermann

14 Deckblatt Pressespiegel_BDB-Frankfurt.doc

07.01.2014, Frankfurter Neue Presse

Neue Impulse für den Wohnungsbau

Frankfurt. Neue Impulse will der Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure (BDB) dem Wohnungsbau in Frankfurt geben. „Wir müssen das Thema Wohnen in Frankfurt regional denken", sagte Andreas Ostermann, zweiter Vorsitzender des BDB Frankfurt/Rhein-Main. Er kündigte an, die Aktivitäten der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau" nach Hessen zu holen. Dieses Bündnis aus mehr als 30 Verbänden der Baubranche hat im vergangenen Herbst einen bundesweiten Forderungskatalog vorgestellt. „Wir wollen eine starke Stimme für den Wohnungsbau etablieren", sagte Ostermann. „Wir brauchen klare Positionen, die gesellschaftlich wahrgenommen werden." Es sei wichtig, die Impulse für den Wohnungsbau organisationsübergreifend als Branchenmeinung zu formulieren.

In einem Gespräch mit der Nassauischen Heimstätte (NH) diskutierten Vertreter des BDB aktuelle Themen des Wohnungsbaus. „Im Stadtgebiet fehlt Bauland", stellte NH-Geschäftsführer Thomas Hain fest. „Der Dialog mit dem Umland ist deshalb wichtig und vielversprechend. Wohnen muss man regional denken."

In Frankfurt müssten die knappen Flächen möglichst gut genutzt werden, betonte NH-Geschäftsführer Constantin Westphal. Er plädierte deshalb für „vertikale Wohnformen", wie sie die NH derzeit mit dem Wohnturm „Praedium" im Europaviertel verwirklicht. „Wenn die städtebaulichen Rahmenbedingungen passen, dann wird Wohnen im Hochhaus nachgefragt und kann im höherpreisigen Marktsegment auch langfristig sehr gut funktionieren."

Für weitere neue Baumaßnahmen brauche es „gesellschaftlichen Konsens und Unterstützung in der Bevölkerung". Das sei nicht immer vorhanden. Der BDB bietet deshalb seine Unterstützung an. *red*

bdb-frankfurt ▪ ginnheimer straße 48 ▪ 60487 frankfurt / main ▪ tel.: 069 / 49505 - 00 ▪ fax.: 069 / 49505 - 88 ▪ info@bdb-frankfurt.de ▪ www.bdb-frankfurt.de

03.07.2014, Frankfurter Allgemeine Zeitung

Eine Stimme für mehr Bauland

Initiative „Impulse für den Wohnungsbau" gegründet

„Man hat die Entwicklung ein wenig verschlafen", sagt der Ingenieur Andreas Ostermann. Jahrelang sei zu wenig gebaut und geplant worden. Heute gebe es nicht nur zu wenig Wohnraum, sondern auch zu wenig Bauland, um die fehlenden Wohnungen zu errichten. Ostermann ist Zweiter Vorsitzender der regionalen Gruppe des Bunds deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure, der in Frankfurt und Umgebung etwa 500 und in Hessen rund 1500 Mitglieder hat. Er koordiniert auch die hessische Initiative „Impulse für den Wohnungsbau", zu der sich nun zwölf Verbände der Bauwirtschaft sowie der Mieterbund und die IG Bau zusammengeschlossen haben. Auf Bundesebene gibt es diese Aktion schon seit ein paar Jahren. Nun hat sie auch einen hessischen Arm bekommen.

Noch eine Initiative? Über kaum ein Thema wurde in den vergangenen zwei Jahren so viel diskutiert wie über den Wohnungsbau. Für Ostermann ist es trotzdem nicht genug: Die öffentliche Wirkung sei immer noch zu gering. Mit Positionspapieren will er sich in die Debatte einschalten und an die politischen Entscheidungsträger wenden. „Gemeinsam wird man mehr wahrgenommen."

Die Initiative will sich vor allem auf Frankfurt konzentrieren. Unter anderem will sie für mehr bezahlbaren Wohnraum werben und auch für die Schaffung von mehr Bauland ihre Stimme erheben.

„Ein wesentlicher Punkt ist: Wir müssen das Potential an Bauland auch in Anspruch nehmen", sagt Ostermann. Anders als früher mit dem Riedberg und dem Europaviertel gebe es keine großen Baugebiete mehr. „Es wird zu wenig langfristig gedacht", sagt Ostermann, der Sympathie für den SPD-Vorschlag hat, zwischen Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach eine Trabantenstadt zu errichten. Außerdem findet er, dass der „Runde Tisch" zum Thema Wohnen in der Region eine gute Sache sei. ***rsch.***

14_07_03 Eine Stimme für mehr Bauland (IW-Hessen)_FAZ.doc

03.07.2014, Immobilienzeitung

Land schließt sich Wohnbau-Initiative an

Das Bundesland Hessen ist seit kurzem in der bundesweiten Initiative Impulse für den Wohnungsbau vertreten. Der Beitritt geschah auf Initiative des Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure Frankfurt Rhein Main. Ihr Sprecher ist Rudolf Ridinger, Direktor des Verbands der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft. Die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus steht genauso auf der Agenda wie die Stärkung von Investitionen in bezahlbaren Wohnraum.

Zu den weiteren hessischen Trägern zählen die Architekten- und Stadtplanerkammer Hessen, der Deutsche Mieterbund Landesverband Hessen, die Ingenieurkammer des Landes Hessen, der Verband baugewerblicher Unternehmer Hessen, die Vereinigung freischaffender Architekten Deutschlands (Landesgruppe Hessen) und der Verband Privater Bauherren (Regionalbüro Wetzlar).

Neben Hessen sind auch die Bundesländer Berlin, Brandenburg, Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sowie die Region Nord-West in der 2004 gegründeten Initiative vertreten. **api**

14_07_03 Land schließt sich Wohnbau-Initiative an (IW-Hessen)_IZ.doc

09.07.2014, Mix am Mittwoch

Für faire Mieten

Länderinitiative „Impulse für den Wohnungsbau Hessen" gegründet

Der Bedarf nach qualitätsvollem Wohnen und fairen Mieten steigt. Laut der bundesweiten Initiative „Impulse für den Wohnungsbau" sind allein in den letzten Jahren mehr als 300 000 Wohnungseinheiten zu wenig gebaut worden. Vor allem Mietwohnungen sind Mangelware.

Gemeinsames Ziel: Sie alle wollen sich für bezahlbares Wohnen in Hessen einsetzen.

Aufgrund der Verknappung an Wohnraum ist Dringlichkeit geboten, meint die Initiative „Impulse für den Wohnungsbau". Um politisch etwas zu bewegen und eine rasche Realisierung auch in Hessen voranzutreiben, kamen auf Initiative des BDB Frankfurt Rhein Main (Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure) Entscheidungsträger von 12 maßgebenden Verbänden und Institutionen der hessischen Bauwirtschaft, darunter auch Ingenieure und Planer, zusammen.

Klare Empfehlungen

Ebenfalls dabei sind der Deutsche Mieterbund und die IG BAU. Sie alle unterstützen die Inhalte des aktuellen Positionspapiers, das klare Empfehlungen an die Politik, die Länder und Kommunen zur Behebung der aktuellen Wohnungsnot beinhaltet. Schwerpunkte der Kampagne sind die Belebung des Wohnungsbaus, Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung sowie die Neuauflage des Programms „Altersgerechter Umbau". Ziel ist es, in Hessen Schwachstellen aufzuzeigen und positive Impulse zur Behebung der Wohnungsknappheit zu geben.

Große Bedeutung

„Hessen bietet als facettenreiches Bundesland viele Chancen, aber auch Problemfelder. Genau aus diesem Grund ist uns der Einsatz für attraktives und faires Wohnen von Bedeutung", sagen Dipl.-Ing. Ingolf Kluge, Architekt Carsten Kulbe und Dipl.-Ing. Andreas Ostermann, Vorstand des BDB Frankfurt Rhein Main. Vor allem stehen die Auseinandersetzung mit dem weiter wachsenden Wohnungsbedarf in den hessischen Ballungszentren und Hochschulstädten ebenso wie die Stärkung der Investitionstätigkeit von bezahlbarem Wohnraum und die Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus auf der Agenda. Zahlreiche deutsche Bundesländer, darunter Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen, unterstützen die Forderungen der Aktion bereits.

Noch in diesem Jahr sind weitere Treffen geplant, zu denen auch Vertreter der Politik und der Kommunen herzlich eingeladen sind.

14_07_09 Für faire Mieten (IW-Hessen)_Mix am Mittwoch.doc

05.09.2014, Frankfurter Neue Presse

Architekten unterstützen Pläne für neues Baugebiet

Frankfurt. Für den Vorschlag eines großen Neubaugebiets im Norden Frankfurts bekommt Oberbürgermeister Peter Feldmann (SPD) Unterstützung von der Frankfurter Gruppe des „Bundes Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure" (BDB). „Die Stadt kann ringförmig nach außen wachsen", sagte Andreas Ostermann, zweiter Vorsitzender des BDB Frankfurt/Rhein-Main. Das sei schon in der Vergangenheit bei starkem Bevölkerungszuwachs so erfolgt.

Seiner Ansicht nach bietet der Pfingstberg zwischen Nieder-Eschbach und Nieder-Erlenbach geeignete Flächen. Dieses Gebiet hatte auch Feldmann vorgeschlagen; er stößt damit aber auf Ablehnung bei der schwarz-grünen Koalition im Römer.

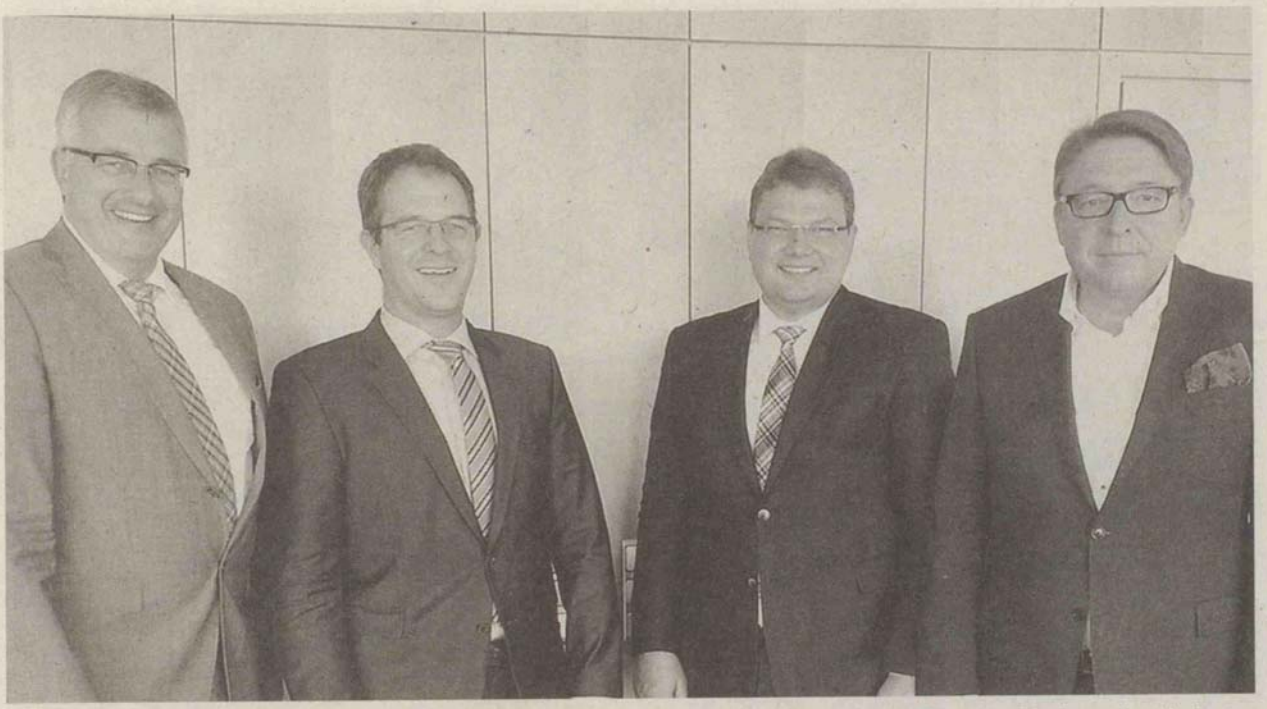
Im Gespräch mit dem Geschäftsführer der städtischen ABG-Holding, Frank Junker, erörterten die Frankfurter BDB-Vertreter zunächst aber näherliegende Projekte. „Wir sehen das Hilgenfeld am Frankfurter Berg als gute Möglichkeit, auf neuem Bauland schnell Wohnraum zu schaffen", sagte Junker nach Angaben des BDB. Zwischen Feldmann und Planungsdezernent Olaf Cunitz (Grüne) gibt es unterschiedliche Auffassungen darüber, in welcher Geschwindigkeit sich das Baugebiet im Niddatal realisieren lässt. Nach einer von der ABG in Auftrag gegebenen Studie wären im Hilgenfeld bis zu 900 neue Wohnungen möglich.

BDB-Vorstandsmitglied Carsten Kulbe wies auf die steigenden Baukosten hin. „Wichtig ist, dass das Bauen bezahlbar bleibt", sagte er. Bei Bestandswohnungen seien die verschärften Verordnungen zur Energieeinsparung nicht immer sinnvoll. Preistreibend seien auch die „übertriebenen Forderungen zur Barrierefreiheit".

Junker führte ein anderes Beispiel an: „Uns zwingt die Stellplatzsatzung dazu, viel Geld in teuren Tiefgaragen zu versenken." Gerade in Quartieren, die gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln erschlossen sind, gehe das am Bedarf vorbei. *mu*

14_09_05 Architekten unterstützen Pläne für neues Baugebiet (BDB-Frankfurt)PS_FNP.doc

05.09.2014, Allgemeine Bauzeitung



Hauptgeschäftsführer Dr. Burkhard Siebert (Zweiter v. l.), im Gespräch mit Ingolf Kluge (l.) und Andreas Ostermann (Zweiter v. r.) sowie Carsten Kulbe (r.), Vorstand des Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure Frankfurt Rhein Main e. V. Foto: BDB

Bauindustrie und BDB:

Baubranche als Ganzes wahrnehmen

FRANKFURT/MAIN (ABZ). – „Die Bauindustrie ist der leistungsfähige Partner, mit dem sich große Wohnungsbauvorhaben schnell realisieren lassen. Wir haben Konzepte für serielle Fertigungen und sind mit unserem know-how gerne Partner der Planer und Investoren. Wir wollen Zukunft bauen und haben Ideen für das Wohnen von Morgen." Dr. Burkhard Siebert, Hauptgeschäftsführer des Bauindustrieverband Hessen-Thüringen e. V. wirbt selbstbewusst mit der Leistungsfähigkeit der hessischen Bauunternehmen im Gespräch mit dem BDB – Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure Frankfurt Rhein Main e. V. Ganz deutlich stellt Siebert aber auch heraus, das Architekten und Ingenieure sowie Unternehmer in der Baubranche Partner sind. „Dem manchmal schlechten Image der Branche müssen wir gemeinsam entgegenwirken", so Siebert zu den Kollegen des BDB. „In der Öffentlichkeit muss die Baubranche als Ganzes wahrgenommen werden."

Großes Lob hat Siebert für die Gründung der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau – Hessen": „Wir wollen gerne dabei sein! Die Initiative ist wichtig und richtig. Wenn so viele Organisationen sich gemeinsam für eine Sache stark machen, dann wird man gehört in Politik und Gesellschaft."

„Das freut uns sehr", sagt Andreas Ostermann, zweiter Vorsitzender des BDB-Frankfurt Rhein Main, der den BDB in der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau" vertritt und in enger Abstimmung mit dem Verband der Wohnungswirtschaft (VdW südwest, Dr. Rudolf Ridinger), die nächsten Schritte koordiniert.

Zur Lösung der drängendsten Wohnungsbauprobleme ist neben der Schaffung von neuem Bauland ein wesentlicher Faktor, die Baukosten überschaubar zu halten. „Bezahlbares Wohnen fängt mit bezahlbarem Grunderwerb und bezahlbaren Baukosten an."

Architekt Carsten R. Kulbe, Vorstand für Finanzen im BDB-Frankfurt Rhein Main bricht damit die allgemein kommunizierte Forderung auf die wesentlichen Punkte herunter und benennt, worauf es ankommt. Oft würden auch überzogene Bauvorschriften, sich schnell verschärfende Vorschriften zur Energieeinsparung oder Normvorgaben zur Barrierefreiheit als Kostentreiber genannt.

Im Zusammenhang mit den Baukosten würden viel zu oft Bauunternehmen und die Baubranche insgesamt zu unrecht ins schlechte Licht gerückt. Oft sei politisch nicht gewollt, die Baukosten vor Projektbeginn gewissenhaft zu benennen und durch viele Änderungen während des Bauens ergäben sich Mehrkosten, für die keiner Verantwortung übernehmen wolle. Architekten, Ingenieure und Unternehmer müssten wieder federführend die Geschicke von Baumaßnahmen prägen.

„Auf Bundesebene hat die Politik alle Akteure der Branche an einen Tisch geholt. Auch die Bundesingenieurkammer arbeitet dort mit und will zur Problemlösung beitragen", sagt Ingolf Kluge, erster Vorsitzender des BDB-Frankfurt Rhein Main und Vizepräsident der Bundesingenieurkammer. „Es empfiehlt sich, auch auf Länderebene entsprechend vorzugehen und aktiv zu werden. Mit der Initiative ‚Impulse für den Wohnungsbau – Hessen' hat die Politik direkt einen kompetenten Ansprechpartner."

14_09_05 Baubranche als Ganzes wahrnehmen (BDB-Frankfurt)_Allgemeine Bauzeitung.doc

11.09.2014, Frankfurter Allgemeine Zeitung

„600 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau nötig“

Gemeinsamer Appell von Wohnungswirtschaft und Mieterbund an die Landesregierung

ler. WIESBADEN. Ein Bündnis von Verbänden der Wohnungs- und der Bauwirtschaft, des Mieterbundes sowie von Architekten und Ingenieuren hat von der Landesregierung die Verzehnfachung der Ausgaben für den sozialen Wohnungsbau und eine deutliche Anhebung der Einkommensgrenzen gefordert. Im vergangenen Jahr seien in Hessen rund 3500 Wohnungen aus der Sozialbindung herausgefallen, aber nur 350 Neubauten gefördert worden, beklagte Rudolf Ridinger, Sprecher der Initiative „Impulse für den Wohnungsbau“ und Vorsitzender des Verbandes der Südwestdeutschen Wohnungswirtschaft, gestern in Wiesbaden. Allein um die Zahl der Sozialwohnungen auf dem heutigen Niveau zu halten, müsse Hessen statt wie jetzt 60 Millionen Euro mindestens 600 Millionen Euro im Jahr bereitstellen.

Im Bündnis „Impulse für den Wohnungsbau“ haben sich 14 Verbände zusammengeschlossen, um für ein stärkeres Engagement des Staats im Wohnungsbau zu werben. „Bezahlbarer Wohnraum“ werde immer knapper, argumentiert Ridinger; gleichzeitig steige der Bedarf. Selbst Haushalte mit mittleren Einkommen könnten sich Mietwohnungen in den Großstädten im Rhein-Main-Gebiet oft nicht mehr leisten. Der Markt allein könne nicht für Abhilfe sorgen. Ridinger sieht aber eine große Diskrepanz zwischen den „Lippenbekenntnissen“ der schwarz-grünen Regierungskoalition zur Notwendigkeit von mehr bezahlbarem Wohnraum und der Bereitschaft, das Nötige dafür zu tun.

Die Einkommenshöchstgrenzen für den Bezug einer Sozialwohnung – in Hessen für einen Einpersonenhaushalt derzeit 15 300 Euro jährlich – müssten um mindestens 20 Prozent erhöht werden, forderte Wolfgang Hessenauer, Landesvorsitzender des Mieterbunds. In anderen Bundesländern lägen sie schon bei deutlich mehr als 17 000 Euro. Scharfe Kritik übt die Initiative an der geplanten Novellierung des Wohnraumförderungsgesetzes in Hessen. Wenn die schwarz-grüne Koalition einerseits den Kreis der Anspruchsberechtigten für Sozialwohnungen vergrößern wolle, andererseits aber nicht mehr Geld aufwenden wolle, müsse das schiefgehen, sagte Andreas Ostermann, stellvertretender Vorsitzender des Bundes Deutscher Baumeister in Hessen.

Die Beantwortung der Frage, wo die geforderten 600 Millionen Euro im Jahr herkommen sollen, wenn das Land qua Verfassung doch bis spätestens 2020 einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen muss, überlässt Ridinger der Politik. Allerdings weist er darauf hin, dass allein die zum 1. August in Kraft getretene Erhöhung der Grunderwerbsteuer von fünf auf sechs Prozent jährlich 155 Millionen Euro an zusätzlichen Einnahmen für das Land bedeute. Zumindest diese Summe sollte seiner Ansicht nach zweckgebunden für den Bau von Sozialwohnungen verwendet werden.

Die Regierungskoalition aus CDU und Grünen hatte mehrfach angekündigt, die Schwerpunkte im Wohnraumförderungsgesetz zugunsten des sozialen Wohnungsbaus zu verschieben. Die Unterstützung von Wohneigentum werde künftig eine geringere Rolle spielen, kündigt die für Wohnungsbau zuständige Umweltministerin Priska Hinz (Die Grünen) an. Von den für die Jahre 2015 bis 2017 zur Verfügung stehenden Fördermitteln des Landes von rund 300 Millionen Euro werde eine Hälfte für Studentenwohnheime und Mietquartiere, die andere für Eigentumswohnungen aufgewendet; bisher sei das Verhältnis zwei zu eins zugunsten der Eigenheimförderung. Zudem soll mit der Gesetzesnovelle größeren Städten die Möglichkeit eingeräumt werden, von den bestehenden Einkommensgrenzen abzuweichen.

14_09_11 600 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau nötig (IW-Hessen)_FAZ.doc

18.09.2014, Immobilien Zeitung

Mehr Geld, mehr Bezieher

Hessen. Die Initiative Impulse für den Wohnungsbau Hessen erneuert ihre Forderungen zur Wohnungsbauförderung.

Die hessische Landesregierung steht vor einer Novelle ihres Wohnraumfördergesetzes. Im Rahmen der Anhörungsphase konkretisieren die Mitglieder der Initiative Impulse für den Wohnungsbau Hessen ihre Forderungen. Sie kritisieren vor allem, dass der Landtag über ein neues Gesetz berate, ohne sich zu einem konkreten Fördervolumen zu äußern. Nach Ansicht des Mieterbunds und der Verbände der Wohnungswirtschaft müsste das derzeitige Volumen von 60 Mio. Euro auf 600 Mio. Euro verzehnfacht werden – und das allein, um das heutige Niveau zu halten. Denn durch auslaufende Bindungen verliere das Land jährlich 3.000 bis 4.000 Wohnungen, berichtet Rudolf Ridinger, Sprecher der Initiative und Verbandsdirektor des VdW südwest. Neu hinzugekommen seien nur rund 350 Sozialwohnungen.

Darüber hinaus will die Initiative die Einkommensgrenzen der Bezugsberechtigten um mindestens 20% erhöhen und dies als Regelfall verstanden wissen. Der Gesetzesentwurf sieht derzeit vor, lediglich Ausnahmefälle für Haushalte zuzulassen, in denen das Einkommen die Grenzen übersteigt. Hessen komme ohnehin diesbezüglich von einem niedrigen Niveau, stellt Ridinger fest. „Gegenüber der bestehenden Einkommensgrenze für einen Einpersonenhaushalt von 14.500 Euro setzen beispielsweise die vom Einkommensniveau der Bevölkerung her vergleichbaren Bundesländer Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen jeweils 17.000 Euro an. Selbst das Saarland mit einem deutlich niedrigeren durchschnittlichen Einkommensniveau hat eine Einkommensgrenze von 16.900 Euro festgelegt“, argumentiert der VdW südwest in seiner Stellungnahme zum Gesetzesentwurf. Außerdem will sich Andreas Ostermann, Koordinator der Initiative und zweiter Vorsitzender des Bundes Deutscher Baumeister Frankfurt Rhein Main in Hessen, dafür einsetzen, dass die seit langem steigenden energetischen Anforderungen, die der Bund an die Bauherren richtet, nicht noch weiter zunehmen. **api**

14_09_18 Mehr Geld, mehr Bezieher (BDB-Frankfurt)PS_IZ.doc